

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wöchentliches Abonnementpreis 0,65 RM.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Berufs-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Erich Dardner)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 4.

Berlin, Mittwoch, 12. Januar 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Tarifverhandlungen im Malergewerbe. — Die Heilstätten der Versicherungssträger. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1909. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

Nachdem in mehrjährigen Verhandlungen im Monat November v. J. ein Vertragsmuster zu einem Reichstarif für das Malergewerbe fertiggestellt worden war, das zwischen die Zustimmung der Mehrheit der organisierten Malergehilfen gefunden hat, sollten nunmehr die Arbeitszeiten und Stundenlöhne für alle in Betracht kommenden Orte durch zentrale Verhandlungen festgelegt werden. Am 4. Januar traten deshalb im Saale des Berliner Gewerbevereins die Parteien unter dem Vorsitz der drei Unparteiischen, der Herren Magistratsrat Dr. v. Schulz, Berlin, Gerichtsdirektor Dr. Brenner-München und Bürgermeister Rath-Essen, wiederum zusammen, und zwar: 1. der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe (vertreten durch seine Vorstandsmitglieder Kruse, Rump-Berlin, Hausen-Sambura, Wenner-Barmen, Stolz-München, Köhler-Leipzig, Frank-Charlottenburg und Wallien-Königsberg), 2. der Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. in Hamburg (vertreten durch den Vorsitzenden Tobler, die 7 Bezirksleiter und den Redakteur des „Vereins-Anzeiger“), 3. unser Gewerksverein graphischer Berufe, Maler und Lackierer (vertreten durch den Hauptschriftführer Bergmann und Kollegen Koch-Berlin), 4. der Zentralverband christlicher Maler in Düsseldorf (vertreten durch seinen Vorsitzenden Welcher und drei Beamte). Außerdem waren noch 36 Malermeister aus den verschiedensten Städten anwesend und als Auditorium eine Anzahl Berliner Malergehilfen, welche mit großem Interesse den öffentlich geführten Verhandlungen folgten, die am Freitag beendigt wurden, so daß am Sonnabend abend die Schiedsprüche der Unparteiischen verlesen werden konnten.

Mit vielem Geschick verteidigten die Arbeitnehmervertreter die gestellten Forderungen und zeigten in jeder Beziehung ziemliches Entgegenkommen, welches deutlich erkennen ließ, daß man auf Arbeiterseite ernstlich bemüht ist, die Tarifgemeinschaft zustande zu bringen. Von Arbeiterseite dagegen wurde weit weniger Entgegenkommen gezeigt und des öfteren durch verdeckte Drohungen verübt, die Arbeitervertreter einzuschüchtern. Es war dies allerdings das am wenigsten geeignete Mittel, um dieselben von ihren als gerecht erkannten Forderungen abzubringen. Die Herren Unparteiischen — das muß unumwunden zugestanden werden — gaben sich jederzeit die redlichste Mühe, die Parteien einander nahe zu bringen, was auch in großen Ganzen gelang. Da aber bezüglich der Arbeitszeiten und Stundenlöhne eine Einigung nicht zu erzielen war, so mußten diese Fragen durch Schiedsprüche erledigt werden, welche, wie bereits erwähnt, am Sonnabend abend verlesen wurden. Die Schiedsprüche, denen sehr ausführliche Begründungen angehängt sind, lauten:

Arbeitszeit.

In Lohngebieten, wo die Arbeitszeit mehr als 10 Stunden beträgt, wird sie mit Beginn des Vertrags auf 10 Stunden herabgesetzt; eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit tritt nicht ein.

Lohnfrage.

1. Für alle Lohngebiete, welche seit dem 31. Dezember 1906 keine allgemeine Lohnaufbesserung durchgeführt haben, tritt mit Beginn des Vertrags eine allgemeine Lohnerhöhung von 3 Pfennigen pro Stunde ein.

Für alle übrigen Lohngebiete ist mit Beginn des Vertrags eine allgemeine Lohnerhöhung von 2 Pfennigen und ab 1. Januar 1911 von einem weiteren Pfennig pro Stunde zu gewähren.

2. In den Lohngebieten, in welchen bisher Einheitslöhne bestanden, erhalten die Gehilfen unter 20 Jahren keine Lohnaufbesserung.

Lohnausgleich.

Die durch § 3 des Entwurfs eines Reichs-Tarifvertrags eintretenden Ausfälle an Lohnzuschlägen und Jahrgewerheiten werden dadurch ausgeglichen, daß

1. für Berlin eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Pfennigen,
2. für alle anderen Lohngebiete, in denen solche Ausfälle festgelegt werden, eine sofortige Lohnerhöhung von 1 Pfennig eintritt.

Bis zum 15. Januar sollen die Parteien erklären, ob sie die Schiedsprüche annehmen oder nicht. Tügen sie sich denselben, was in Anbetracht der immerhin erreichten, wenn auch geringen Vorteile sicher anzunehmen ist, so ist damit der Reichstarif im Malergewerbe perfekt und die beste Gelegenheit gegeben, während der Dauer desselben (bis zum 15. Februar 1913) in Frieden an dem weiteren Ausbau der Tarifgemeinschaft zu arbeiten. Für die Malergehilfen ergibt sich daraus aber auch die Pflicht, die vielen noch unorganisierten Kollegen zur Organisation heranzuziehen, und dürfte namentlich unserem Gewerksverein der graphischen Berufe, Maler und Lackierer die Aussicht auf eine erfolgreiche Agitation zur Stärkung seiner Reihen gegeben sein. Alle Verbandskollegen, welchem Gewerksverein sie auch angehören, sind hoffentlich gern bereit, den treubereitenden Bruderverein dabei kräftig zu unterstützen. Pa.

Die Heilstätten der Versicherungssträger.

Das „Reichsarbeitsblatt“ bringt in seiner letzten Nummer interessante Angaben über die Lungenheilstätten, Sanatorien, Genesungsheime, Krankenhäuser usw. der Landesversicherungsanstalten und zugelassenen Kassenanstalten, insbesondere über ihre Zahl, ihre Größe, ihre Anschaffungs- und Einrichtungskosten, ferner über die Zahl der darin enthaltenen Betten und die Zahl der aufgenommenen Pflegefälle sowie des daselbst verpflegten Anstaltspersonals, endlich über die Höhe der Betriebskosten und der Kosten der Naturalverpflegung in diesen Heilstätten.

Den Anfang mit dem Bau einer eigenen Heilstätte — und zwar für Lungenkranke — machte die Landesversicherungsanstalt Hannover. Am 1. Mai 1895 eröffnete sie das „Genesungshaus Königsberg bei Goslar (Harz)“. Ihr folgten im Jahre 1897 mit je einer Lungenheilstätte die Versicherungsanstalt Braunschweig und die Sanitätliche Versicherungsanstalt (jetzt Landesversicherungsanstalt der Sanitätstädte). Beim Inkrafttreten des Invalidenversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899, d. i. am 1. Januar 1900, bestanden bereits 14 Heilstätten (9 Lungenheilanstalten und 5 Sanatorien), die von den Versicherungssträgern errichtet waren, und als das Reichs-Versicherungsamt im Jahre 1903 in seiner Statistik der Heilbehandlung zum ersten Male eine „Nachweisung der Kosten der Einrichtung und des Betriebes usw. der von den einzelnen Landesversicherungsanstalten errichteten Lungenheilstätten, Sanatorien, Genesungsheime und Krankenhäuser“ veröffentlichte, waren 15 Lungenheilstätten und 12 Genesungsheime vorhanden. Nach der neuesten Statistik, also nur 6 Jahre später, hat die Zahl der Heilstätten um 38 zugenommen, und zwar besaßen die Versicherungssträger Ende 1908 36 Heilstätten für Lungenkranke und 29 Sanatorien, Genesungsheime, Kranken-

häuser usw., von denen 2 (1 Lungenheilstätte und 1 Genesungsheim) noch in der Einrichtung begriffen waren. Ein Genesungsheim ist nicht Eigentum der Versicherungsanstalt, ihr aber seit dem 1. Juni 1898 zur miethweisen Benutzung überlassen worden.

Nach der Anzahl der Heilstätten stehen Berlin mit 8 und Hannover mit 6 an der Spitze aller Versicherungssträger. Ihnen folgen die Versicherungsanstalten Württemberg und der Sanitätstädte mit je 5 Heilstätten, Thüringen und der Allgemeine Knappschaftsverein in Bochum mit je 4, Schlesien, Königreich Sachsen, Baden und Braunschweig mit je 3, Brandenburg, Pommern, Oberfranken, Schwaben und Neuburg, Elsaß-Lothringen und die Pensionskasse für die Arbeiter der Preussisch-Schlesischen Eisenbahngemeinschaft mit je 2 Heilstätten. Nur je eine Heilstätte besitzen die Versicherungsanstalten Posen, Sachsen-Anhalt, Rheinprovinz, Pfalz, Großherzogtum Hessen, Oldenburg, die Norddeutsche Knappschaftspensionskasse, die Arbeiterpensionskasse der Königlich-Sächsischen Staatseisenbahnen und die Arbeiterpensionskasse für die Württembergischen Staatseisenbahnen und Salinen.

In allen Heilstätten (ausschließlich der in der Einrichtung begriffenen) stehen im ganzen 6642 Betten zur Aufnahme von Kranken zur Verfügung. Davon entfallen auf die Lungenheilstätten 4261 Betten (2985 für Männer und 1276 für Frauen), und auf die Genesungs- und Krankenhäuser usw. 2381 Betten (1530 für Männer und 851 für Frauen). Hierbei ist die Waldberolungsstätte der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, in der nur eine Tagesverpflegung (für 50 Männer und 50 Frauen) stattfindet, nicht mitgerechnet. Die Landesversicherungsanstalt Berlin übertrifft auch mit der Anzahl der Betten (850 in Lungenheilstätten und 371 in den Sanatorien, zusammen 1221) bei weitem alle übrigen Versicherungssträger; sie besitzt nahezu $\frac{1}{2}$ aller in sämtlichen Heilstätten vorhandenen Betten. An zweiter Stelle steht in dieser Beziehung der Allgemeine Knappschaftsverein in Bochum mit 653 Betten (118 in der Lungenheilstätte und 535 in den Krankenhäusern). Dem folgen die Versicherungsanstalten Baden mit 538, Württemberg mit 537, Schlesien mit 516, Sanitätstädte mit 465, Hannover mit 401, Königreich Sachsen mit 284, Thüringen mit 277, Brandenburg mit 230, Elsaß-Lothringen mit 222, die Pensionskasse für die Arbeiter der Preussisch-Schlesischen Eisenbahngemeinschaft mit 220, die Versicherungsanstalten Sachsen-Anhalt mit 143, Braunschweig mit 142, die Norddeutsche Knappschafts-Pensionskasse mit 130, die Versicherungsanstalten Pommern mit 125, Großherzogtum Hessen mit 117 und die Versicherungsanstalt Posen mit 100 Betten. Die Bettenanzahl in den Heilstätten aller übrigen 6 Versicherungssträger, die überhaupt eigene, mit Betten ausgestattete Heilstätten besitzen, beträgt im ganzen 321, bei jedem von ihnen fällt sie sich zwischen 30 und 89.

Die Zahl der in den Heilstätten der Versicherungssträger im Jahre 1908 verpflegten Kranken betrug im ganzen 35 502. Hieron sind in Lungenheilstätten 19 658 Personen (14 352 Männer, 5306 Frauen), in Sanatorien, Krankenhäusern usw. 15 844 Personen (11 344 Männer, 4500 Frauen) verpflegt worden.

Die Landesversicherungsanstalt Berlin und der Allgemeine Knappschaftsverein in Bochum stehen mit 7937 und 6069 Behandelten wiederum an erster Stelle. Für die übrigen Versicherungssträger ergibt sich folgende Reihenfolge:

Die Versicherungsanstalten Württemberg mit 2717, Schlesien mit 2148, Hannover mit 1968, Baden mit 1958, Sanitätstädte mit 1624, Thüringen mit 1523, Königreich Sachsen mit 1356, Elsaß-Lothringen mit 1172, die Pensionskasse für die Arbeiter der Preussisch-Schlesischen Eisenbahngemeinschaft mit 1148, die Versicherungsanstalten Bran-

denburg mit 859, Großherzogtum Hessen mit 684, Sachsen-Anhalt mit 654, Braunschweig mit 569, Polen mit 544, die Norddeutsche Knappschafts-Pensionskasse mit 528, die Versicherungsanstalten Rheinprovinz mit 439 und Bommern mit 400 Personen. Die hier nicht genannten 6 Versicherungsträger, die eigene Heilstätten unterhalten, haben in diesen im ganzen 1205 Personen versorgen lassen. Die Anzahl dieser Versorgten beweist sich bei den einzelnen Versicherungsanstalten zwischen 48 und 326 Personen.

Die Uebersicht über die Kosten des Grund und Bodens, des Baues und der Einrichtung der von den Versicherungsträgern errichteten oder noch im Bau befindlichen Heilstätten läßt erkennen, daß von den darin genannten 25 Versicherungsträgern insgesamt nahezu 57 Millionen Mark zur Errichtung von eigenen Heilstätten bisher aufgewendet worden sind. Hieron entfallen auf Lungenheilstätten nahezu 43 und auf Sanatorien, Krankenhäuser usw. etwa 14 Millionen Mark. Für den Grund und Boden (Bau- und Gartenland, teilweise Ackerland usw.) sind im ganzen 3 606 408 Mark verausgabt worden. Hierbei ist noch zu bemerken, daß manche Versicherungsanstalten den Grund und Boden nur gepachtet haben und zum Teil einen sehr geringen Pachtzins, einige auch nur eine sogenannte Anerkennungsgebühr hierfür zahlen. So zahlt z. B. die Landesversicherungsanstalt Braunschweig für die Grundflächen ihrer beiden Lungenheilstätten jährlich nur 76 bzw. 29 Mark. Auch die Landesversicherungsanstalt Hannover hat den Grund und Boden für zwei Lungenheilstätten nur gepachtet. Der Waldboden für die Erholungsstätte der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz im Waper Walde ist der Anstalt gegen eine Anerkennungsgebühr von 38 Mark jährlich überlassen. Die Landesversicherungsanstalt Bommern hat ihr Bauland teilweise unentgeltlich erhalten.

Die Baukosten sämtlicher Heilstätten einschließlich der im Bau begriffenen erforderten bisher einen Aufwand von 47 308 470 Mark, die innere Einrichtung der Heilstätten kostete 5 690 251 Mark.

Wenngleich die Höhe der Aufwendungen für die Errichtung von eigenen Heilstätten an und für sich noch keinen brauchbaren Maßstab für die Verteilung der Frage abgibt, ob ein Versicherungsträger hiernit für seine Verhältnisse viel oder wenig getan hat, vielmehr dazu noch andere Faktoren — wie die Höhe des Vermögens des Versicherungsträgers, die Höhe seiner Beitragseinnahmen und seiner Rentenalt, seine sonstigen Vermögensanlagen, die Bedürfnisse und die Vermögensfrage usw. — in Betracht zu ziehen wären, so dürfte es dennoch von Interesse sein, die Summen zu betrachten, mit denen die einzelnen Versicherungsträger an der oben genannten Gesamtaufwendung beteiligt sind. Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat für ihre gesamten Heilstätten bisher 18 404 541 Mark aufgewendet. Hieron sind in der Statistik 17 785 882 Mark für die Lungenheilstätten nachgewiesen. Dabei ist zu bemerken, daß die Lungenheilstätten und Sanatorien dieser Versicherungsanstalt auf demselben Grundstücke stehen und dessen Erwerbskosten mit 402 471 Mark bei den Kosten der Lungenheilstätten aufgeführt sind. Der Allgemeine Knappschaftsverein in Bochum hat 5 992 004 Mark, die Landesversicherungsanstalt Schlesien 4 815 966 Mark, die Versicherungsanstalt Württemberg 3 838 537 Mark aufgewendet. Die Landesversicherungsanstalten Baden, der Hansestädte und Königreich Sachsen sind mit 3 447 833 Mark, 2 958 375 Mark und 2 706 195 Mark beteiligt. Auch die Pensionskasse für die Arbeiter der Preussisch-Sächsischen Eisenbahngesellschaft steht mit 2 036 943 Mark nicht erheblich hinter diesen Anstalten zurück. Weitere namhafte Beträge sind von den Versicherungsanstalten Hannover (1 695 150 Mark), Brandenburg (1 391 669 Mark), Großherzogtum Hessen (1 359 191 Mark), Thüringen (1 088 777 Mark), Sachsen-Anhalt (1 020 979 Mark) und Elsaß-Lothringen (1 010 629 Mark) aufgewendet worden. Die weiteren Versicherungsträger sind mit Beträgen unter einer Million Mark beteiligt.

Die Betriebs- und Pflegekosten in den eigenen Heilstätten der Versicherungsträger betragen im Jahre 1908 im ganzen 9 467 806 Mark. Hierbei wird vorausgesetzt, daß sich die Gesamtkosten zusammensetzen aus den eigentlichen Betriebskosten (Gehälter, Beköstigung, Arznei, Feuerung, Wasserversorgung usw.), aus den Kosten für Beschaffung, Ergänzung und Unterhaltung des Inventars, aus einer dreiprozentigen Verzinsung des bei der Errichtung der Heilstätten (einschließlich der Baukosten) angelegten Kapitals sowie aus einer einprozentigen Verzinsung der Baukosten für solche Heilstätten.

Von der vorgenannten Summe entfallen auf die Lungenheilstätten 7 251 910 Mark und auf die Sanatorien, Krankenhäuser usw. 2 215 896 Mark. Beteiligt man die Gesamtkosten in den einzelnen Heilstätten auf die behandelnde Pflanzung, so er-

gibt sich, daß die Kosten der Pflege für den Kopf und Tag in den meisten Lungenheilstätten in den Grenzen zwischen 3 und 6 Mark liegen, während in den Gemeinshäusern die meisten Pflegeplätze sich in den Grenzen zwischen 2 und 6 Mark bewegen.

In den oben genannten Gesamtkosten des Jahres 1908 im Betrage von 9 467 806 Mark sind 3 408 482 Mark für die Naturalpflege enthalten. Hieron entfallen auf die Lungenheilstätten 2 427 079 Mark und auf die übrigen Heilstätten 981 403 Mark.

Erfreulich ist, daß diese stattlichen Aufwendungen auch gute Erfolge zeitigen, wie die früher mitgeteilten Zusammenstellungen erkennen lassen.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 11. Januar 1910.

Zimmer noch Folgen der Finanzreform. In Lauenburg i. B. gibt es eine große Zündholzfabrik. Durch die unerhörte Verteuerung der Streichhölzer durch die neue Steuer ist auch auf diesem Gebiete der Absatz erheblich zurückgegangen und dementsprechend die Arbeitslosigkeit überaus stark geworden. Infolgedessen haben die in der Zündholzfabrik in Lauenburg beschäftigten Arbeiter an das Reichsgericht eine Petition gerichtet, in der angesichts der bedrängten Lage der Zündholzarbeiter eine Unterstützung aus Reichsmitteln gefordert wird. Ob diese Petition, die durchaus berechtigt ist, Erfolg haben wird, will uns recht zweifelhaft erscheinen. Die Unterstützung der Tabakarbeiter, auf die sich die Zündholzarbeiter berufen, ist bekanntlich durch Gesetz festgelegt.

Der Entwurf zur gesetzlichen Regelung der Stellenvermittlung, der dem Reichstage demnächst zugehen wird, beabsichtigt zunächst den Begriff „Stellenvermittlung“ festzulegen und unter das Gesetz jede Art von Stellenvermittlung zu stellen. Auch die Herausgeber von Vakanzlisten werden künftig den Vorschriften über Stellenvermittlung unterstellt und als Stellenvermittler behandelt. Die Gebühren werden gesetzlich festgelegt und das Stellenvermittlungsgewerbe konzeptionspflichtig gemacht. Dadurch wird der Ausbeutung Arbeitsloser vorgebeugt durch Erhebung großer Gebühren und den öffentlichen Arbeitsnachweisen die unlautere Konkurrenz mehr vom Hals gehalten. Nachdem durch die Novelle zur Gewerbeordnung vom 30. Juni 1900 den Stellenvermittlern die Erhebung von Einschreibegeldern — ihrer hauptsächlichsten Einnahmequelle — verboten war, wuchsen die Vakanzlisten-Unternehmer wie die Pilze aus der Erde. Die Listen waren in den meisten Fällen nur durch Abonnement zugänglich. Oft boten diese Listen nur Ausschnitte aus den Tageszeitungen. Welches sich ein Bewerber auf diese „Annoncen“ der Vakanzlisten, so waren die Stellen schon besetzt, weil die „Annoncen“ veraltet waren. Der Entwurf wird die Erhebung von Gebühren vor der endgültigen Vermittlung der Stelle verbieten, so daß wohl die Listen-Unternehmer dem Untergang geweiht sein dürften.

In einigen Punkten wird der Entwurf aber nicht voll befriedigen. Vielleicht ließe sich hier noch Abhilfe schaffen, damit ganze Arbeit gemacht wird. Man stelle die sogenannten Handelsschulen auch unter das Gesetz, soweit sie Stellenvermittlung betreiben. Es kommt häufig vor, daß diese Schulen bei der Aufnahme von Schülern versprechen, nach Abolvierung der Kurse ihnen Stellen zu vermitteln, ihre Versprechen aber später nicht einlösen. Auch den Vermittlern von Nebenverdiensten sollte man mehr auf die Finger sehen; ihnen ist meist nur an den Briefmarken gelegen, die der Bewerber als umschriebene Einschreibgebühr einzuzahlen hat. Nebenverdienst haben diese Leute oft gar nicht zu vergeben.

Jedenfalls wird durch den Entwurf den Auswüchsen des jetzigen Vermittlungswesens energisch zu Leibe gegangen, und das „Reich“ hat Recht, wenn es schreibt, daß damit dem unlauteren Treiben vieler Stellenvermittler ein Riegel vorgeschoben werden wird.

Für die Verteilung der Fahrkartensteuer liefert der Bund der technisch-industriellen Beamten einen lehrreichen Beitrag. Eines seiner Mitglieder, ein Ingenieur, hatte mit Hilfe seines Rechtsschutzes gegen eine Firma Klage erhoben auf Ersatz der Reisekosten, die ihm aus einer von der Firma gewünschten Vorstellungstunde entfallen waren. Das Gericht hat dem Grunde nach aus dem Klageantrage entprochen, den eingeklagten Betrag aber insofern herabgesetzt, als es statt der zweiten Wagenklasse dem Kläger nur die Benutzung der dritten Klasse zubilligte. Die Gründe, die das Gericht für seine Stellungnahme an gibt,

sind überaus interessant. Es heißt nämlich in dem Urteil u. a.:

„Was aber die Höhe der Auslagen betrifft, so ist zu berücksichtigen, daß seit Erhöhung der Fahrpreise noch mehr wie früher auch besser situierte Reisende kein Bedenken tragen, 3. Klasse zu fahren, und daß somit kein Anlaß vorliegt, die Auslagen für die Fahrt 2. Klasse auszubilligen.“

So ist also durch Gerichtsbeschluß festgestellt, daß die Fahrkartensteuer, wie dies von einschichtigen Beurteilern vorausgesetzt worden ist, tatsächlich ihren Zweck verfehlt hat.

Arbeiterbewegung. Noch immer ist in der Bewegung der Steintiner Konfektionsneider und Schneiderrinnen feinerlei Milderung eingetreten. Die Zahl der Ausgewerteten ist nahezu unverändert geblieben. — In der Drahtgarnfabrik von Debler in Saalfeld i. Th. haben wegen ganz erheblicher Affordreduktionen die Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt. — Die bayerischen Schuhindustriellen beabsichtigen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Da die Arbeiter sich dies nicht ohne weiteres gefallen lassen wollen, haben sämtliche Mitglieder des Fabrikantenringes ihren Arbeitern gekündigt. Sollte die zum Freitag eine Einigung nicht zustande kommen, sollen etwa 400 Schuhmacher und Schuhmacherinnen ausgeperrt werden. — In der Schuhfabrik von Rod in Pirmafen sind ernste Lohnstreikigkeiten ausgebrochen. Jede Verhandlung mit den Arbeitern lehnt die Firma ab. — In Neustadt a. Harz und in Herbst sind die Tarife für das Schneidergewerbe gekündigt worden. — In Regnitz wurde den Konfektionsfirmen Ende Dezember ein Tarif überreicht, über den jedoch, obgleich bereits Verhandlungen stattgefunden haben, eine Einigung noch nicht erzielt werden konnte. — Die Lederarbeiter von Erlangen sind in eine Tarifbewegung eingetreten. Sie erstreben eine Herabsetzung der Arbeitszeit um wöchentlich 3 Stunden, Minimallöhne, sowie Zuschläge zu den Afforden, Ueberstunden und für Sonntagsarbeit.

Der Streik der Grubenarbeiter in Northumberland und Durham hat an Ausdehnung noch zugenommen. Die Zahl der Ausständigen beträgt über 60 000. Die Folge des Ausstandes ist ein Mangel an Kohle, der bereits zu einer erheblichen Preissteigerung geführt hat.

Schöne Kampfesgenossen. In Blauen i. B. und den umliegenden Ortschaften befinden sich bekanntlich die Sticker und Stickerinnen in einem beständigen Kampfe. Auch unser Gewerkeverein der Textilarbeiter ist daran stark beteiligt. Erfreulich ist es, daß in einer großen Anzahl von Betrieben die Forderungen der Arbeiter erfüllt worden sind, unerfreulich dagegen, daß eine Organisation der anderen jetzt in den Rücken fällt, um für sich selbst im trüben zu fischen. In der Nr. 5 des „Vorwärts“ vom vorigen Donnerstag befindet sich nämlich eine Notiz, die sich mit dieser Stickerbewegung beschäftigt und in der behauptet wird, daß in Falkenstein b. Blauen der Generalsekretär des Gewerkevereins der Textilarbeiter, Kollege Müller-Sprengberg, den Unternehmern Arbeitswillige verprochen und auch solche geliefert habe. Auch sonst werden gegen unsere Organisation in dieser Notiz ungeschmeicheliche Vorwürfe erhoben. Wie wir auf direkte Erkundigungen bei dem Kollegen Müller erfahren, beruht das ganze Geschrei über „Vorwärts“ auf Unwahrheit. Alle seine Behauptungen sind purer Schwindel. In Falkenstein gibt es überhaupt keine Mitglieder unserer Organisation, so daß gar keine Veranlassung vorgelegen hätte, mit den dortigen Unternehmern zu verhandeln. Damit fällt auch das ganze Schwindelgebäude in sich selbst zusammen. Was die Bewegung in Blauen selbst anbelangt, so kann festgestellt werden, daß unsere Mitglieder alle zu den jetzt vereinbarten und unterzeichneten Tariflöhnen arbeiten; von Arbeitswilligen oder Streikbrechern kann also auch hier nicht die Rede sein. Drei Mitglieder des Gewerkevereins der Textilarbeiter, welche zur Niederlegung der Arbeit durchaus nicht zu bewegen waren, sind öffentlich ausgeschlossen worden, so daß unsere Organisation in jeder Beziehung rein und makellos dasteht. Vom Textilarbeiterverbande freilich kann das nicht behauptet werden. Es steht vielmehr fest, daß während des Streiks in Blauen manche Betriebe durch Arbeitswillige aufrechterhalten blieben, die zum großen Teile dem deutschen Textilarbeiterverbande angehören. Nach alledem hätte der „Vorwärts“ gerade genug zu tun, wenn er sich in den Reihen seiner Gesinnungsgenossen erst einmal gründlich umschaute. Er soll nicht andere mit dem Schmutz bemerken, den er vor seiner eigenen Türe liegen hat. Von großer Ueberlegung zeugt es überhaupt nicht, mitten in einem Kampfe den Bundesgenossen in den Rücken zu

fallen. Damit nützt man der Bewegung nichts, sondern schwächt ihre Stofkraft nur ab und fördert die Interessen der Gegner.

Der Syndikus des Deutschen Werkmeister-Bandes, Reichstagsabg. Dr. Rothhoff, hat mit dem 1. Januar d. J. sein Amt niedergelegt. Dieser Vorgang scheint auf tiefgehende Differenzen mit der Leitung des Verbandes zurückzuführen zu sein. Wenigstens deutet darauf eine vom Zentralvorstand und Aufsichtsrat gemeinsam veröffentlichte Erklärung hin, daß es nicht im Interesse des Verbandes und des Standes liege, die kommenden Aufsichtsrats für und wider im Verbandsorgan, das der breitesten Öffentlichkeit zugänglich ist, abzu- drucken. „Dagegen ist die Verwaltung bereit, da sie eine Erörterung der Frage unter den Kollegen nicht zu scheuen braucht, alle Eingänge zu sammeln, in einer Broschüre zu veröffentlichen und diese den Vereinen zur Verfügung zu stellen.“

Das läßt darauf schließen, daß in der Verwaltung des Werkmeister-Verbandes schon längere Zeit ein kleiner Krieg tobte. Soffentlich kehrt nun auch der Friede wieder ein!

Ueber einen unerhörten Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter führt das „Reich“ Beschwerde. Eine Anzahl Arbeiter, die auf der „Sauerländer Dynamitfabrik“ zu Förde, einem Orte des Sauerlandes, beschäftigt war, hatte sich dem christlichen Metallarbeiterverbande angeschlossen. Als dies der Direktor der Fabrik erfuhr, ließ er den betreffenden mitteilen, daß er das auf keinen Fall dulde und jeden entlassen werde, der im Verbands bleibe. Diese Drohung wurde auch wahrgemacht. Am Weihnachtsheligenabend flogen die Christlichen auf das Pflaster. Um den Arbeitern aber ein für alle Mal die Lust zur Organisation zu nehmen, wurde folgender Anschlag in den Fabrikräumen veröffentlicht:

„In voriger Woche mußten 10 Arbeiter gekündigt werden. Es wird nun hierdurch bekannt gegeben, daß ein jeder Arbeiter, der mit den ausgesetzten Arbeitern gemeinsame Sache machen wird, entlassen wird, da hierin eine grobe Verletzung der Disziplin erblickt werden muß.“

Einige angesehene Herren aus Förde versuchten nun dem Herrn Direktor klar zu machen, daß die Arbeiter ein gesetzliches Recht haben, sich zu organisieren, und ersuchten ihn, die Arbeiter in der Ausübung dieses Rechtes nicht zu hindern. Vergänglich! Der Herr Direktor drohte vielmehr, wenn die Arbeiter nicht nachgäben, dann würde die Fabrik stillgelegt und der Betrieb an einem anderen Orte aufgenommen werden. Die Folge dieses rücksichtslosen Vorgehens war, daß die Arbeiter sich einschüchtern ließen und dem Verbands wieder den Rücken fehrten.

Daß es sich in diesem Falle um christliche Arbeiter handelt, ist natürlich völlig gleichgültig. Unter allen Umständen verdient dieses Attentat auf das Koalitionsrecht allerhöchste Verurteilung. Es ist ein neuer Beweis für die Notwendigkeit einer Sicherung des Koalitionsrechtes. Solche Leute, wie dieser Herr Direktor, müssen bestraft werden, wenn sie „ihre Leute“ an der Ausübung eines gesetzlich gewährleisteten Rechtes hindern.

Wohlfahrts-Einrichtungen. Auf der Zeche „Germania“ bei Büttgen-Dortmund wurden kürzlich 40 Familien auf Veranlassung der Verwaltung der Arbeiterwohnungen gekündigt. Obgleich Gründe nicht angegeben wurden, waren sie jedoch bald gekündigt. Sämtliche gekündigte Familienväter hatten bei der vorher stattgehabten Gemeinderatswahl nämlich nicht den Kandidaten der Arbeiterpartei gewählt. Wer sich dem Willen der Unternehmer nicht fügt, verliert seinen Anspruch auf die „Wohlfahrts-Einrichtungen“, die in Wirklichkeit meistens nichts anderes sind als Einrichtungen zum Wohle der Arbeitgeber. Das hat übrigens die „Arbeitsbereitschaft“ auch schon einmal mit herzerfrühender Offenheit ausgesprochen. Ist es auch schon einige Jahre her — 1904, Nr. 41 —, so hat sie damit doch ein Dokument von dauerndem Werte geschaffen, das immer und immer wieder einmal an das Tageslicht gerückt zu werden verdient. Darnach schrieb das Scharfmacherblatt:

Die auf das Wohl der Arbeiterschaft gerichteten Betreibungen heißen keineswegs einen rein karitativen Charakter. Sie entspringen vielmehr in erster Linie Erwägungen sozialpolitischer Art. Außerdem unterwerfen sie sich den Werken der freien Wohltätigkeit dadurch, daß zwischen Geben und Empfangen, d. h. also zwischen den Unternehmern und den Arbeitern, ein Geschäftsverhältnis, nämlich der Lohnvertrag, besteht, woraus für den Gebenden die Möglichkeit erwächst, die Kosten für die Wohlfahrts-Einrichtungen auf den Empfänger selbst abzuwälzen, indem er sie ihm vom Arbeitslohn abzieht. Allerdings läßt es sich schwer oder gar nicht nachweisen, inwiefern der einzelne Unternehmer von dieser Möglichkeit Gebrauch macht, weil es sich da, wo die Wohlfahrts-Ein-

richtungen einen Umfang erreicht haben, meistens nur um isolierte Betriebsstellen handelt, so daß die Möglichkeit eines jagdegähren Vergleiches der dort bezahlten Löhne mit den an anderen Orten üblichen ziemlich ausgeschlossen erscheint. Im allgemeinen liegen die Wohlfahrts-Einrichtungen geradezu durch das Interesse der Arbeitgeber selbst bedingt wird. Man kann demnach sagen, daß überall da, wo für die Arbeitgeber ein Vorteil aus solchen Wohlfahrts-Einrichtungen nicht erwächst, deren Schaffung auch unterbleibt. Hieraus in erster Linie erklärt sich die große Verschiedenheit in den von den einzelnen Arbeitgebern zu dem genannten Zwecke gemachten Aufwendungen.“

Und am Schlusse dieser offenerzigen Betrachtungen wird gesagt:

„Natürlich ist es eine durchaus berechtigte Handlungsweise, wenn die Arbeitgeber solcherart Wohlfahrts-Einrichtungen zum Zweck der Streikabwehr benutzen. Nur kann man alsdann solche Einrichtungen nicht mehr als Ausfluß einer völlig uneigennütigen Denkwelt hinstellen, sondern man muß sie als ein nach Lage der Dinge gewiß außerordentlich lobenswertes und darum auch politisch wertvolles Mittel zum Zweck der Streikabwehr bezeichnen. Immerhin ist von diesem Gesichtspunkte aus die Errichtung von Arbeiterwohnungen und Pensionstafeln in humanitärer Hinsicht keineswegs höher einzuschätzen, als z. B. die Errichtung von Arbeitsnachweisen durch die Arbeitgeber usw.“

Jeden weiteren Zusatz dürfen wir uns hiernach wohl eriparen.

Nachwirkungen des schwedischen Niefenstreiks. Das Statistische Amt der schwedischen Regierung hat durch seinen Vorsitzenden sämtliche Arbeiterorganisationen zu einer Konferenz einberufen, um mit ihnen eine allgemeine Arbeitslosen- zählung, die am 31. Januar im ganzen Lande stattfinden soll, einzuleiten. Ein weiterer Zweck der Konferenz soll der sein, allmonatlich Erhebungen über den jeweiligen Stand der Arbeitslosigkeit zu veranstalten. Die Landeshauptmänner sind gleichzeitig durch ein Rundschreiben aufgefordert worden, dafür zu sorgen, daß öffentliche Arbeiten in so großem Umfange wie nur irgend möglich in Angriff genommen werden, um nach besten Kräften der ungeheuren Arbeitslosigkeit, die sich immer noch in ganz Schweden bemerkbar macht, entgegenzuwirken.

So zeigen sich immer noch die Wirkungen jenes ungeheuren Kampfes, der dem Lande so schwere Wunden geschlagen hat. Anzuerkennen ist wenigstens, daß die schwedische Regierung offenbar alles aufbietet, um die nachteiligen Folgen, soweit dies überhaupt möglich ist, abzumildern.

Als 404. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltung findet am Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 5 Uhr, in der Urania (Laubenstraße) ein Projektionsvortrag über: „Die Erdbebenkatastrophe von Messina“ statt.

Tätigkeitsbericht: der Ortsverbände über das Jahr 1909.

Ortsverband München.

Im vergangenen Jahre sind hier die Gewerbetreibenden mehr als früher an die Öffentlichkeit getreten. Dies geschah durch eine Versammlung, in der Herr Redakteur Blumtritt einen Lichtbildervortrag über „Englische Arbeitsverhältnisse“ hielt. Unterstüzt wurden wir bei unserem Vorgehen namentlich durch die „Münch. Neuesten Nachr.“, die jederzeit unsere Bestrebungen ihre Spalten öffneten. Die Versammlungen der einzelnen Gewerbetreibenden wurden von den Vorstandsmitgliedern fleißig besucht. Namentlich im Ortsverein der Schneider konnte dabei ein reges Leben beobachtet werden. Von einer erheblichen Mitgliederzunahme kann leider nicht die Rede sein, wenn auch kein Rückschritt zu verzeichnen ist. Durch unermüdete Kleinarbeit und nur durch diese könnten größere Erfolge erzielt werden. Große öffentliche Versammlungen haben keinen besonderen Wert, ganz abgesehen davon, daß auch die erheblichen Kosten davon abraten. Durch Vermittlung des liberalen Arbeitervereins, dem eine Anzahl Gewerbetreibender angehört, hatten wir Gelegenheit, den Parlamentariern unsere Wünsche und Anträge zu übermitteln. Die vom Statistischen Amt der Stadt München veranlaßten Fragebogen betreffend die Mitgliederzahl und die Arbeitslosenunterstützung der einzelnen Vereine wurden ordnungsgemäß erledigt. Unser Antrag an das königliche Amtsgericht auf Berechnung von Mitgliedern als Schöffen und Geschworene wurde angenommen und sechs in Vorschlag gebrachte Mitglieder gewählt.

Um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich gute Theateraufführungen anzusehen, wurde mit dem Hoftheater eine Vereinbarung getroffen, wodurch für 10 Vorstellungen eine erhebliche Preisermäßigung eintritt.

Wenn wir auch dafür georgt haben, daß unsere Mitglieder sich im öffentlichen Leben mehr betätigen, haben wir doch stets an dem Grundsatze festgehalten, daß eine Arbeiterorganisation, die wirksam die Interessen ihrer Mitglieder vertreten will, sich unbedingt neutral verhalten muß. In diesem Sinne werden wir auch im neuen Jahre arbeiten. Wir wollen energisch die Klein-

arbeit aufnehmen und durch rastlose Agitation dafür sorgen, daß immer mehr Arbeiter sich den in politischer und religiöser Hinsicht unabhängigen Deutschen Gewerbetreibenden anschließen.

Kadellmann, Ortsverbandsvorsitzender.

Ortsverband Striegau.

Biederum hat sich ein Jahr der Vergangenheit angegereicht, ein Jahr, welches im Geschäftslieben, in Handel und Gewerbe als eines der traurigsten seit längerer Zeit bezeichnet werden kann. In der Hauptindustrie am Orte, der schlesischen Württen-Industrie, war ein schleppender Geschäftsgang das ganze Jahr hindurch zu verzeichnen. Auch als es anfang, in anderen Gewerben etwas besser zu gehen, blieben bei ersterer die erwünschten Aufträge aus. Deswegen war auch an eine Verbesserung der Löhne nicht zu denken.

Ein großer Lohnkampf wurde in der Stein-Industrie in und um Striegau geführt. Die Gesamtzahl der am Streik Beteiligten betrug anfangs nahezu 900 Arbeiter. Von unserem Ortsverbände waren 6 Mitglieder, und zwar vom Ortsverein der Fabrik, und Handarbeiter 3 und dem Ortsverein der Bildhauer 3 Mitglieder am Streik beteiligt. Leider brachte dieser Kampf den Arbeitern keine Vorteile.

Da weitere Lohnkämpfe nicht stattfanden, blieben aber auch viele Arbeiter den Organisationen fern, weil sich die Not bei ihnen noch nicht genügend fühlbar gemacht hat. Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden durch 5 ordentliche und 1 kombinierte Vorstandssitzung und 3 Versammlungen erledigt. In der ersten Versammlung hielt Kollege Müller v. Breslau einen sehr interessanten Vortrag über „Die Gewerbetreibenden und deren Bedeutung in der Arbeiterbewegung“. Die anderen Versammlungen waren leider fastlich besetzt. Bei der Aufstellung zu Schöffen wurden vom Ortsverband drei Mitglieder ausgelöst. Ebenso wurden zu Vorsitzenden der unteren Verwaltungsbefehde zwei Mitglieder gewählt. Von Vergünstigungen wurde infolge der schlechten Geschäftslage ganz Abstand genommen.

Der Versuch, einen Ortsverein der Kaufleute zu gründen, scheiterte an unserer Vertrauensperson, welche die Sache zu verschleppen suchte. In den Vorstand für 1910 wurden gewählt: Julius Spahn als Vorsitzender, Paul Schumann als Kassierer und Martin Gräber als Schriftführer. Wenn es auch am Orte sehr schwer hält, neue Mitglieder zu werben, wollen wir doch versuchen, uns wenigstens das, was bis jetzt erreicht ist, zu erhalten. Mit dem Wunsche, daß dem neuen Vorstande auch die genügende Unterstützung der Mitglieder zuteil wird, schließe ich meinen Bericht mit der Mahnung: Friß auf zur Arbeit im neuen Jahr! Julius Spahn, Schriftführer.

Ortsverband Hittau.

Der Ortsverband Hittau hielt im verfloffenen Jahre 8 Versammlungen und Sitzungen ab. Im Monat März wurde vom Kollegen Hidiß ein zweiter Ortsverein der Schuhmacher und Lederarbeiter von 15 Mitgliedern gegründet, welcher sich auch weiter gut entwickelt hat und mit Anfang dieses Jahres zum Ortsverbände zählt. Im August fand wie alle Jahre unter starker Beteiligung das Sommerfest statt, was auch als Agitationsfest gilt. Ferner beteiligte sich der Ortsverband an der Wahl zur unteren Verwaltungsbehörde. Bei der Stadtverordnetenwahl ist es wieder gelungen, unseren langjährigen Kollegen Weber I in das Stadtparlament zu bringen. Am 20. Dezember fand die Wahl des Vorstandes statt. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Hidiß, als zweiter Kollege Demig gewählt; Kassierer wurde Kollege Kunze, Schriftführer Kollege Rüdert und Beisitzer die Kollegen Köhner, Pohl und Erbe. Der Ortsverband besteht aus sechs Ortsvereinen mit etwa 250 Mitgliedern. Zu bedauern ist der grundlose Austritt der Kaufleute aus dem Ortsverband.

Ed. Schlaaffe, Ortsverbands-Schriftführer.

Gewerbetreibenden-Teil.

8 Berlin. Zu der Generalversammlung des Zentralarbeitsnachweises der Berliner Ortsvereine (G.-Z.) waren 34 Vertreter erschienen, ferner auf Einladung Kollege Klein in Vertretung des geschäftsführenden Ausschusses, für den Generalrat der Maschinenbauer Kollege Sartmann, für den Generalrat der Schuhmacher Kollege Sturm und für den Generalrat der Konditoren Kollege Kaping. Nach dem der Schriftführer Kollege R. Müller den Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das verfloffene Jahr zum Vortrag gebracht hatte, referierten die Kollegen Müller und Angermann über die Kasseeinverhältnisse und die Ergebnisse der Arbeitsvermittlung. In der Zeit vom 1. Oktober 1908 bis 30. September 1909 betrug die Gesamtannahme 1918,11 Mark, die Ausgabe 1286,57 Mark; es verblieb somit ein Bestand von 631,54 Mark. Die Arbeitsvermittlung stellte sich folgendermaßen: Arbeitslos hatten sich gemeldet 1570 männliche, 32 weibliche Personen; verlangt wurden 829 männliche, 63 weibliche Personen; in Arbeit wurden gebracht 732 männliche, 24 weibliche Personen; selbst Arbeit fanden 497 männliche, 6 weibliche Personen. Zugereicht waren 216 männliche Personen, abgereicht 99 männliche Personen; es verblieben arbeitslos am Jahreschlusse 75 männliche Personen. Obwohl in allen diesen Berichten sich die ungünstige Konjunktur widerspiegelt, war doch auch andererseits mit Genugtuung hervorzuheben, daß die Inanspruchnahme der Vermittlung im großen und ganzen sich befriedigend gestaltet und besonders im letzten Vierteljahr die Arbeitslosigkeit in aufwärtsgehender Tendenz sich bewegte. Die Mitgliederzahl der dem Arbeitsnachweise angeschlossenen Ortsvereine betrug 5130.

In der den Berichten sich anschließenden Diskussion wurde es lebhaft behauptet, daß auch in diesem

Jahre alle freundschaftlichen Versuche des Vorstandes, die Kollegen von den Berliner Ortsvereinen der Schneider für den Zentral-Arbeitsnachweis zu interessieren, gänzlich erfolglos waren. Erfolgreicher war es aber auch für diesen Versuch der Arbeitsnachweise sich gegenseitig zu zeigen, indem mit seiner Hilfe einer ansehnlichen Zahl von Schneidern Stellung verschafft werden konnte. Es wirkte auf die Versammelten recht erfrischend, als ein Redner gegenüber dem Mangel an Solidaritätsgefühl ein Bild entwarf von der Lage der Arbeiter, wenn diese auf der Suche nach Beschäftigung in absehbarer Zeit sich ganz und gar der Macht der Arbeitgeber nachweise auszuliefern genötigt werden.

Die zur Tagesordnung stehenden Beratungsgegenstände fanden zumeist durch eine gründliche Aussprache ihre Erledigung. Ein Antrag, dem Kassierer sowie dem Schriftführer je 3 Prozent von der Einnahme als Entschädigung zu gewähren, wurde angenommen. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt die Kollegen Richard W. enner als Vorsitzender, Reinhold Müller als Schriftführer, Paul Wälzer als Kassierer. Zu Beisitzern wurden gewählt die Kollegen Bühlke, Brede, Gänisch, Paslow, Silbebrandt, Fräulein Anna Adlach. R. M.

8 Berlin. Der Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter Berlin II hielt am Montag, den 20. Dezember 1909, seine Generalversammlung ab. Zu derselben hatte der Ortsverein die Ehre, zwei Jubilare in seiner Mitte zu haben, und zwar die Kollegen Alexander Gottschalk und Ernst Dempel. Beide gehören dem Ortsverein 25 Jahre an. Ersterer bekleidet ununterbrochen das Amt als erster Vorsitzender seit dem Jahre 1891. Auch war er langjähriges Mitglied des Zentralrats, und auch mit der Gründung des Berliner Zentralverbandes ist der Kollege Gottschalk eng verbunden, an dessen Leitung er als zweiter Vorsitzender tätig ist. Kollege Ernst Dempel ist lange Jahre Revisor unseres Ortsvereins gewesen und verwaltet heute noch die seit 1893 bestehende Konfirmanden-Parlasse. Zu dieser Feier entbande auch der Bezirksverband seinen Beamten Kollegen Brede, der eine recht zu Herzen gehende Ansprache hielt. Auch der Generalrat hatte die beiden Jubilare durch ein Glückwunschschreiben beehrt, ebenso der Kollege Reinhold Müller, welcher durch Arbeit verhindert war, persönlich zu erscheinen. Nachdem der geschäftliche Teil der Tagesordnung erledigt war, erfolgte die Ehrung der beiden Jubilare durch die Mitglieder persönlich durch Ueberreichung eines Ehrengeldes. Nach Schluß der Versammlung fand noch ein gemüthliches Beisammensein statt.

August Vied, Sekretär.

9 Stettin. Am 20. Dezember veranstaltete der hiesige Ortsverband eine große öffentliche Gewerkevereinsversammlung mit der Tagesordnung: „Das brutale Vorgehen der Stettiner Herren- und Knaben-Konfessionäre gegen die Schneider“. Referent war Kollege Lohse von Ortsverein der Schneider. Derselbe führte zunächst aus, warum es notwendig ist, in aller Öffentlichkeit den Gewaltakt der Konfessionäre zu behandeln, da gerade durch das Sprachorgan des Arbeitgeberverbandes, die nur zur Freireichung des Stettiner Publikums dienen sollen. Redner führte dann den Anwesenden die Lohnbewegungen von 1896 sowie aus den Jahren 1906 und 1907 klar vor Augen. Trotzdem im Jahre 1906 ein Tarif zwischen dem Arbeitgeberverband und den beiden Arbeiterorganisationen abgeschlossen war, verstanden die Arbeitgeber es vortrefflich, den abgeschlossenen Tarif zu ihren Gunsten zu umgehen, so daß die Konfessionäre 1907 sich veranlaßt sahen, einen Nachtrag einzureichen, worauf die Arbeitgeber mit einer allgemeinen Aussperrung antworteten. Aber durch das feste Zusammenhalten der Kollegen und durch finanzielle

Unterstützung weiterer Kreise gelang es, den Kampf siegreich durchzuführen. Dieser Tarif nebst Nachtrag hatte seine Gültigkeit bis zum 1. Oktober 1909. Daß den Arbeitgebern diese Lohnsätze nicht in den Kram paßten, beweist, daß sie der Lohnkommission am 28. Mai den Tarif kündigten. Die Arbeiterorganisationen hatten beschlossen, den Tarif auf ein Jahr weiter bestehen zu lassen. Weiter schilderte der Referent die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, welche zu keinem Resultat führten. Die Arbeitgeber versuchten, einen von ihnen ausgearbeiteten Tarif, der bedeutende Verschlechterungen enthielt, nach dem 1. Oktober zur Einführung zu bringen. Da ihnen dies nicht gelang, zahlten sie die alten Löhne weiter; aber Mitte November forderten sie von neuem von der Lohnkommission die Anerkennung ihres Tarifes. Da aber diesem nicht entsprochen wurde, fordern die Lohnkommission die tarifliche Festlegung der Löhne für Männerinnen und Bögler wiederum verlangt, erklärten sie, daß sie dann die Schneider aussperrten würden. Diese Aussperrung war offenbar längst beschlossene Sache, wie aus manchen Äußerungen des Unternehmerführers zu erhellen ist; die Forderungen der Arbeiter boten dazu den willkommenen Anlaß. Nachdem der Redner weiter die erbärmlichen Lohnverhältnisse für Männerinnen geschildert hatte, ersuchte er die Anwesenden, die Konfessionäre in ihrem Abwehrkampf auch dadurch zu unterstützen, daß sie nicht von den Detailgeschäften kaufen, die von Engrosfirmen beziehen, die ausgesperrt haben. Ferner kennzeichnete Kollege Lohse auch recht den Terrorismus der Arbeitgeber. Wenn Gleiches von den Arbeitern verübt würde, dann wäre die Staatsanwaltschaft bald zur Hand. Reicher Beifall folgte den Ausführungen. Als erster Diskussionsredner sprach der Kollege Wolff vom Gewerbeverein der Maschinenbauer, der ebenfalls über die brutale Handlungsweise der Stettiner Konfessionäre seine Entrüstung kund gab und die Anwesenden aufforderte, die Schneider in ihrem Kampfe moralisch und finanziell zu unterstützen. Die weiteren Redner, Roman, Hensel, Laatsch und Dahl, sprachen sich ebenfalls in zustimmender Weise aus. Nach einem anfeuernden Schlusswort des Referenten fand die anregende Versammlung ihr Ende. E. L.

Verbands-Teil.

Berlin.

Distrikterklub der Deutschen Gewerkevereine (D.G.V.). Verbandsbau der Deutschen Gewerkevereine N.O., Greifswalderstr. 221/228. Mittwoch, 12. Januar. Vortrag des Kollegen Jordan über: „Gewerkepolitik“. Gäste herzlich willkommen. — **Gewerkevereins-Vereinsrat (G.V.V.).** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr, Nebenräume im Verbandsbau der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — **Distrikterklub Moabit.** Freitag, 13. Januar, abds. 8 1/2 Uhr, Sitzung h. Kadau, Waldstr. 53. Vortrag des Kollegen Tomaszak über: „Die Tarifpolitik der Konfessionäre“. Gäste willkommen. — **Technisch-wissenschaftlicher Distrikterklub Berlin.** Büchlerstr. 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — **Frauen und Mädchen I.** Donnerstag, 13. Januar, Beisammensein, Reichstr. 61. Vortrag des Herrn Sekretär Jarow über: „Retailische Volksbildung“. — **Sonnenabend.** 15. Januar. **Maschinenbau- u. Metallarbeiter I.** Abds. 8 1/2 Uhr Beisammensein im Damen h. Melbert, Veroststraße 69, gr. Saal. Jahresberichte des Sekretärs u. Kassierers. Beisammensein: „Die Glitzer und die Glitzer der Erde“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abds. 8 1/2 Uhr Ortsvereinsomml. Fruchtstr. 36a. 1. Mitteilungen. 2. Monatsbericht. 3. Jahresbericht des Schriftführers und des Kassierers. 4. Unterstufungsausschuss. 5. Verschiedenes. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends 8—10 Uhr Beisammensein bei Kadau,

Walbstraße 53. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Abends 8 1/2 Uhr Beisammensein Kottbuserstr. 6. Jahresberichte. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter IX.** Abends 8 1/2 Uhr Beisammensein Wöhrstraße 22. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XII.** Abends 8 1/2 Uhr Jahresversammlung bei Krull, Kubusstraße 51. Berichte: Jahresbericht. Rosenbericht. Bericht des Arbeitsnachweises und der Bibliothek.

Orts- und Nebinalenverbände.

Nachn (Distrikterklub). Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distrikterabend bei Reuther, Ede Panfemanniweg und Zöllnerstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr präz., im Patriam's Hotel, Wollstr., Distrikterabende. (Distrikterklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Faetor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — **Köln (Distrikterklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant „Unter Kottbus“, Eilbergstraße. — **Hamburg (Distrikterklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch u. Monat bei Bietow, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Distrikterklub).** Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hagenkamp, Friedrich Wilhelmstraße, Distrikterabend. — **Milheim-Ruhr (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Joh. Möller, Sandstraße 88. — **Cottbus (Distrikterklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Robel, Berlinerstr. 120. — **Leipzig (Gewerkevereins-Vereinsrat).** Die Nebenstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Weißfels a. Z. (Gewerkeabteilung der Gewerkevereine).** Nebenstunden jeden Dienstag, abends 8 1/2—11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gefangene Gewerkevereinskollegen stets willkommen. — **Ferlach (Distrikterklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Zander, Döhr. — **Stettin (Sängerchor der Gewerkevereine).** Die Nebenstunden finden jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzlich willkommen. — **Selmskirchen (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsvereinsvertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal E. Simon, Alter Markt. — **Cyrenberg (Distrikterklub).** Jeden Dienstag, abends von 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Jahagen“. Sitzung. Gewerkevereinsmitglieder sind stets willkommen. — **Weißfels (Distrikterklub der Gewerkevereine).** Jeden Mittwoch 9 bis 11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“. — **W.-Gladbach (Sängerchor der Deutschen Gewerkevereine).** Sitzung jeden Dienstag, abends 9 Uhr, bei Herrn Joh. Janen, Kreislerstraße 333. Jeder Kollege herzlich willkommen. — **Legel (Distrikterklub für Legel, Forstwald und Reindorf).** Sitzung jeden Dienstag abends von 8—10 Uhr bei Rechner, Berlinerstr. 38. Gäste willkommen. — **Hülfedorf (Volkswirtschaftsschule).** Jeden Montag, abends von 9—11 Uhr im Verbandsbau, R. rückerstr. 29. Sitzung. — **Königsberg i. Pr. (Distrikterklub).** Sitzung jed. 2. u. 4. Mittwoch im Monat im Verbandslokal h. Gode, Holzstr. 11. — **Styppstadt (Ortsverband).** Sonntag, 16. Januar, nachm. 3 1/2 Uhr, Ausgehensfeier. 4 Uhr Ortsvereinsbeisammensein im Westerkotten L.O. Tätigkeitsbericht p. 1909. — **Titau (Ortsverband).** Ortsvereinsbeisammensein am Sonnabend, 15. Januar, im „Schützenhaus“. — **Sohrenwiesen (Ortsverband).** Sonntag, 16. Januar, nachm. 3 Uhr im Rathaus: große öffentliche Gewerkevereinsversammlung. Vortrag über: „Weltanschauung und Arbeiterbewegung“. Referent: Verbandsvorsitzender Rail Goldschmidt Berlin.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.
Dresden-W. Fritz Berndt, Bezirksleiter, Falkenstr. 4.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Bestschrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Gaden und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.
Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch 160x280 mm. Preis 50 Pfg.
Leitfaden zum Gewerbegerichtsgesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pfg.
Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pfg.
Geschichte der Deutschen Gewerkevereine von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerkevereiner 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 30 Exemplare 9 Mk. und 50 Exemplare 12,50 Mk.
Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkevereine. — Bestschrift zum 25-jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerkevereine (Hirsch-Dundes) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.
Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
Der Befehlungen bitten wir stets den Gelbbetrag beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.
Bestellungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.
Das Bureau des Zentralrats.
Rudolf Klein.

W.-Glabach-Niehd (Ortsverband). Durchgehende Kollegen jeden Berufes erhalten 50 Pfg. Helfenunterstützung im Gewerkevereinsbureau, Kürperstraße 180. Dasselbst auch Arbeitsvermittlung sowie Auskunft in allen anderen Angelegenheiten kostenlos an jedermann.
Stettin (Ortsverband). Durchgehende Kollegen erhalten Postkarten im Werte von 1,20 Mk. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22 im Laden. Die Verbandsherberge befindet sich Ellsbettstraße 49 (Jäger's Gastwirtschaftl.).
Kreuzburg i. Schl. (Ortsverband). Durchgehende Kollegen erhalten, das Ortsvereinsmitglied bei ihrem Ortsvereinskassierer ausgegibt. Falls der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim Ortsvereinskassierer Wilh. Berger, Wilhelmstraße 10.
Posen (Ortsverband) gewährt durchgehenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstützung; zu erhalten ist dieselbe bei dem Ortsvereinskassierer und bei Friedrich Ehrlich, Breslauerstr. 20.

Schramberg (Ortsverband). Durchgehende Kollegen erhalten 70 Pfg. Unterstützung b. Robert Genter, Schramberg, Uhlandstr. 18.

Essen (Ruhr). Herberge zur reisenden Kollegen erhalten 70 Pfg. Unterstützung b. Robert Genter, Bureau, Rothenhauserstr. 53.

Frauen, Töchter und Schwwestern unserer Mitglieder!
Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die **Frauen-Begräbnisstätte** des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.
Eintrittsgeld 25 Pfg. * Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre.
Versichertes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark.
Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beitrittsalters 3 bis 9 Pfg.
Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen.
Flugblätter und Material versendet das Verbandsbureau:
Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.